

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 34 (2007)
Heft: 4

Artikel: Eidgenössische Wahlen 2007 : bürgerliche Legislatur mit linker Bremskraft
Autor: Lenzin, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911623>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bürgerliche Legislatur mit linker Bremskraft

Nach der Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat warnte die Linke vor einem rechten Durchmarsch in der Schweiz.

In der Tat drückten die bürgerlichen Parteien der Legislatur weitgehend ihren Stempel auf. Aber SP und Grüne konnten einige ihrer Projekte mit Referenden stoppen. Von René Lenzin

Zwei Themen zogen sich wie ein roter Faden durch die vierjährige Legislatur, die mit der diesjährigen Herbstsession der eidgenössischen Räte zu Ende geht: Das Verhältnis zur Europäischen Union und die Sanierung der Bundesfinanzen. Auch wenn sich jeweils unterschiedliche Koalitionen bildeten, setzte sich letztlich in beiden Bereichen eine bürgerliche Linie durch.

Mit zwei Entlastungsprogrammen haben Bundesrat und Parlament die Ausgaben des Staates gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung um insgesamt fünf Milliarden zurückgefahren. Zusammen mit der guten Konjunktur hat dies dazu geführt, dass der Bund derzeit schwarze Zahlen schreibt und im vergangenen Jahr sogar seine Verschuldung von 130 Milliarden Franken reduzieren konnte. Diese Sparprogramme haben die drei bürgerlichen Bundesratsparteien – Christlichdemokraten, Freisinnige und Schweizerische Volkspartei – gegen den Widerstand von Sozialdemokraten und Grünen verabschiedet.

Hingegen gehörte das linksgrüne Lager in der Europapolitik zu den Gewinnern, zumindest vordergründig. Es hat das zweite bilate-

rale Verhandlungspaket zwischen Bern und Brüssel, die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Staaten und die Milliarde, mit der die Schweiz in diesen Staaten Aufbauhilfe leistet, befürwortet. Allerdings weniger aus Überzeugung vom Bilateralismus, sondern um wenigstens eine schrittweise Annäherung an die EU nicht zu gefährden. Aber letztlich muss die Linke konstatieren, dass ihr Ziel – nämlich der Beitritt der Schweiz zur EU – weiter entfernt ist denn je. Dass unser Land definitiv auf den bilateralen Weg eingebogen ist, ist sicherlich ein Verdienst der SVP und ihres neuen Bundesrats Christoph Blocher. Trotzdem gehören sie europapolitisch zu den Verlierern dieser Legislatur. Denn sie konnten die Stimmberechtigten nicht überzeugen, den Ausbau des Vertragswerkes mit der EU zu bremsen.

Übers Ganze gesehen sind die CVP und die FDP die erfolgreichsten Parteien. Sie wussten das Volk nicht nur in den beiden erwähnten Schlüsseldossiers hinter sich, sondern gewannen auch absolut am meisten Abstimmungen. Die beiden Parteien mögen konstant Wähleranteile verlieren, aber sach-

politisch führt vorläufig kein Weg an ihnen vorbei. Sie gewinnen mal mit Links (Europa, Mutterschaftsurlaub), mal mit Rechts (Finanzausgleich, Asyl- und Ausländerpolitik). Von den 26 Abstimmungen der Legislatur haben CVP und FDP nur bei zweien nicht die gleiche Parole gefasst (Mehrwertsteuererhöhung für AHV/IV, Einheitliche Kinderzulagen).

Getrübt wird ihre Bilanz allerdings durch einige empfindliche Abstimmungsniederlagen zu Beginn der Legislatur. Spektakulär war vor allem der 16. Mai 2004, als das Volk sowohl ein Steuerabbau-Paket als auch die 11. Revision der AHV wuchtig verwarf. Und bereits drei Monate vorher hatte es das revidierte Mietrecht sowie ein Strassenbauprogramm abgelehnt, das eine zweite Tunnelröhre am Gotthard vorsah. Bei all diesen Vorlagen hatten CVP und FDP den Pfad der gemässigt-bürgerlichen Tugend verlassen und mit der SVP Pakete geschnürt, die nicht mehrheitsfähig waren.

Starker Auftakt der Linken

Diese Abstimmungssiege gaben den Linken Schubkraft. Sie hatten sich zum Ziel gesetzt, einen rechten Durchmarsch in der Schweizer Politik zu verhindern, wie er nach dem Wahlsieg der SVP und der Wahl von Blocher und Hans-Rudolf Merz in den Bundesrat befürchtet worden war. Allerdings musste die Linke nach diesen Anfangserfolgen auch bittere Niederlagen einstecken. Insbesondere blieben ihre eigenen Projekte vor dem Volk chancenlos, wenn sie ohne bürgerlichen Sukzess antrat. Sowohl die Einheitskrankenkasse als auch der Vorschlag, Nationalbankgewinne in die AHV zu lenken, erfuhren eine deutlich Abfuhr. Und in der zweiten Legislaturhälfte liefen auch linksgrüne Referenden ins Leere. Entgegen der Parolen von SP und Grünen befürwortete das Volk Sonntagsverkäufe an grossen Bahnhöfen sowie das Asyl- und das Ausländergesetz. Und zuletzt, am 17. Juni dieses Jahres, hiess es auch die 5. Revision der Invalidenversicherung gut.

Unter dem Strich könnte man daher von einer bürgerlichen Legislatur mit linker Bremskraft sprechen. Zumindest rhetorisch dominierten die in den Wahlen erstarkten Pole SP/Grüne und SVP. Im Alleingang können diese Gruppierungen aber praktisch keine Projekte durchs Volk bringen. Mehrheitsfähige Vorlagen wurden auch in den vergangenen vier Jahren von der «bürgerlichen Mitte» aus CVP und FDP geprägt.

Die Invalidenversicherung kann saniert werden 60 Prozent der Stimmenden und 22 Kantone befürworteten die fünfte Revision der IV. Die Stimmbeteiligung betrug 35,8 Prozent.

